



Antrag-Nr. 13/161

öffentlich

Datum: 13.12.2011
Antragsteller: SPD, GRÜNE, FDP

Gesundheitsausschuss	16.01.2012	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	01.02.2012	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	03.02.2012	empfehlender Beschluss
Landschaftsversammlung	13.02.2012	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**Haushalt 2012;
Zwang in den LVR-Kliniken - Dauer und Häufigkeit von Fixierungen signifikant senken**

Beschlussvorschlag:

1. Der LVR-Klinikverbund wird beauftragt, die Dauer und Häufigkeit von Fixierungen signifikant und dauerhaft weiter zu senken. Hierzu wird ein entsprechendes Ziel im Haushalt aufgenommen.
2. Darüber hinaus sollen für alle LVR-Kliniken einheitliche Standards bzw. Regelungen getroffen werden, die die Voraussetzungen für eine Fixierung festlegen.
3. Zum Thema „Fixierung“ soll durch die Verwaltung eine Fachtagung organisiert werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, Verfahren zur weitgehenden Vermeidung von mechanischen Fixierungen an mindestens einer LVR-Klinik zu erproben, die gewonnenen Ergebnisse zu evaluieren und dem Gesundheitsausschuss in einem Bericht darzustellen. Ziel des Modells soll die Reduzierung der mechanischen Fixierungen auf seltene Ausnahmen sein, die durch eine besondere Indikationsstellung (besonderer Wunsch der Patientinnen und Patienten, Gefahr für die eigene Person oder für Dritte nicht anders abwendbar) begründet sind.

Der erforderliche Ressourcenbedarf ist im Haushalt zu berücksichtigen.

Begründung:

„Fixierungen sind keine Therapie“, so die Aussage von Chefärztinnen und Chefarzten. Sie werden angewandt, wenn eine Therapie zumindest zeitweise nicht mehr möglich ist. Während die Fixierungsfälle im Vergleich in den Kliniken keine extreme Streuung aufweisen, zeigen sich hinsichtlich der Fixierungsdauer erhebliche Schwankungen zwischen den LVR-Kliniken. Vor diesem Hintergrund wird der LVR-Klinikverbund aufgefordert, diesen Befund weiter zu untersuchen und festzustellen, mit welchen Gründen bzw. Motiven diese Unterschiede zu erklären sind. Es besteht die Erwartung, dass weitere Erkenntnisse hierzu im Rahmen einer Fachtagung im Klinikverbund unter Einbeziehung auch externer Expertise gewonnen werden können. Außerdem soll an mindestens einer Klinik versucht werden, die im internationalen Vergleich beschriebenen Alternativen zur Fixierung zu erproben. Hierzu gehören u. a. Verfahren der körperlichen Immobilisierung bei gleichzeitigen deeskalierenden Maßnahmen. Diese und ggfs. andere Verfahren sollen mit folgenden Fragestellungen modellhaft erprobt und evaluiert werden:

- Wie weit sind die Verfahren geeignet, Fixierungen und Gewalt zu vermeiden?
- Wie weit werden diese von Patientinnen und Patienten als weniger invasiv und traumatisierend wahrgenommen?
- Welcher zusätzliche Schulungs- und Personalaufwand ist mit der Umsetzung verbunden?

Thomas Böll

Ralf Klemm

Hans-Otto Runkler